

## Aus der öffentlichen Welt.

Es scheint, als ob das alte Jahr nicht von uns scheiden wolle, ohne dem neuen den Weg zu zeigen, auf welchem die von ihm aufgedeckte Noth unseres Handels- und Gewerbestandes zu Ende zu führen sei. Die Geldkrise geht übrigens an Preußen mit weniger Verwüstungen vorüber, als an andern Staaten; das haben wir einzig und allein unserer Regierung zu danken, die sich stets jedem Geldschwindel nach Kräften widersetzte und, als die Folgen der Ueberspeculation eintraten, die sie nicht verhindern konnte, nur so weit eingriff, als es das allgemeine Interesse forderte. Ein solcher Eingriff war einerseits die Erweiterung der Bankthätigkeit durch die Ermächtigung derselben zu einer größern Notenausgabe, andererseits bei erhöhtem Disconto gestattete Bankbeleihung von Fabrikaten und endlich die provisorische Aufhebung der Beschränkung des Zinsfußes. Großes Verdienst bei diesen Maßnahmen gebührt dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, der bekanntlich seit 1851 auch Chef der preuß. Bank ist. Von dem Eintritt in sein Ministerium an, war er darauf bedacht, die von ihm vertretenen Interessen des Landes im wahren Sinne des Wortes zu fördern. Mit dem 1. Januar 1850 erhielt Berlin und jeder Regierungsbezirk eine selbstständige Ober-Post-Direction, nachdem schon früher die höchste Höhe des Briefportos, das im Jahre 1844 noch bis auf 19 Sgr. 6 Pf. steigen konnte, auf 3 Sgr. reducirt worden war. Darauf wurden mit Nordamerika und fast allen europäischen Staaten Verträge zur Erleichterung und Sicherung des Verkehrs abgeschlossen. Auf der Ostsee wurde eine regelmäßige Postdampfschiffahrt eingerichtet und statt des optischen Telegraphenwesens war bereits am 4. Februar 1849 das electriche eingeführt worden, durch das gegenwärtig Preußen mit fast allen europäischen Ländern in Verbindung steht und das bereits eine Länge von 735 Meilen umfaßt. An Eisenbahnstraßen, von welchen wir im Jahre 1848 nur 316 Meilen hatten, sind gegenwärtig 553 Meilen dem Betriebe übergeben und 131½ Meilen im Baue. — Auf dem Gebiete des Handels ward 1852 der Anschluß des Steuervereins an den Zollverein erzielt und 1853 mit Oesterreich, 1855 mit Bremen ein Vertrag zur Erleichterung des Verkehrs

zwischen diesen Staaten und dem Zollvereine geschlossen. Außerdem ist die neuerlichst zu Stande gekommene Münz-Einigung, der nahe bevorstehende Abschluß einer allgemeinen deutsch. Handelsgesetzgebung und die Bemühung zur Einführung eines allgemeinen deutschen Zollgewichts nicht zu vergessen. Auf dem Gebiete der Industrie brauchen nur die 22 Provinzial-Gewerbeschulen und die 220 Handwerker-Fortbildungsschulen, sowie die Actien-Unternehmungen zu gewerblichen Zwecken erwähnt zu werden, die sich bereits 1854 auf 54 beliefen und ein Kapital von 67 Million. besaßen. — Die außerordentliche deutsche Zollconferenz soll spätestens am 4. Januar 1858 in Wien zusammen kommen, um über einige weitere Erleichterungen des Verkehrs zwischen Oesterreich und dem Zollverein zu berathen. Die Hauptpunkte der Berathung sollen sein: 1) Annäherung des Zollvereinstarif an das System des österreichischen, sofern derselbe die Waaren nicht bloß nach der Quantität, sondern auch nach der Qualität besteuert; 2) gleichmäßig Bezeichnung der Tarifposten auf beiden Seiten; 3) Errichtung gemeinschaftlicher Aemter an einzelnen großen Handelsplätzen, namentlich längs der Eisenbahn- und Wasserstraßen, welche Oesterreich mit dem Zollverein verbinden; 4) Erleichterung des Durchfuhrverkehrs; 5) Gleichstellung Oesterreichs mit Preußen hinsichtl. der Wasserzölle; 6) Zollermäßigungen für Wein, Hopfen, Zug- und Schlachtvieh, Butter, Fettwaaren, einige chemische Produkte und Kurzwaaren, Eisendraht, Bast- und Strohgeflechte, Glas- und Thonwaaren u. s. w. — Ueber die Zulassung ausländischer Versicherungsgeellschaften in Oesterreich wird nicht berathen werden, da dieselbe von der österreichischen Regierung bereits beschlossen ist. — Ueber die Erhöhung der Rübenzuckersteuer von 6 Sgr. auf 7½ Sgr. pro Ctr. Rüben, haben sich die Zollvereinsstaaten im Wege der Correspondenzwege geeinigt, nachdem sie das in der darauf bezüglichen Berliner Conferenz nicht vermocht hatten. Hannover hat sein Verlangen, daß die Erhöhung in festgesetzten Perioden, ohne Rücksicht auf die Umstände steigen solle, fallen lassen, und sich zu der Ansicht bequemt, daß die weitere Erhöhung von den Umständen abhängen solle. — Was unsern Hof betrifft, so sagt das Gerücht, daß Ihre Majestät die Kaiserin von Rußland im Januar hierher kommen und von Cr.